

S C H U T Z B U N D Z E I T U N G

XX
Februar 1936. 10 Groschen.
XX

Die Bezirksleitung VI. im "Autonomen" Schutzbund sieht sich infolge der Zustände in der Stadtleitung, der bevorstehenden endgültigen Liquidierung (Zerfall) des SCH.B. veranlasst ein letztes ernstes Wort an die Mitglieder des Schb. im Bezirk und darüber hinaus an alle noch bestehenden Schutzbündler zu richten!

In der letzten Bezirksleitungssitzung stellt die BL. einstimmig, also mit dem Vertreter der KP. des Bezirkes fest, dass die Stadtleitung des "Autonomen" Schutzbundes politisch identisch ist mit der Kommunistischen Partei, also als Nebenorganisation der Kommunistischen Partei zu betrachten ist.

Das ist weder ein besonderer Vorwurf noch eine Neuigkeit. Diese Tatsache muss aber festgestellt werden weil dieser Schb. kein autonomer Schb. ist, sondern ein KP. Schutzbund und die Kommunistische Partei voll verantwortlich für die Vorgänge im SCHB. ist.

Ferner stellt die BL. u.a. einstimmig fest, dass die (KP) Stadtleitung des sogenannten "Autonomen" Schutzbundes jede wie immer geartete Verbindung mit der BL. VI. bewusst verhindert. Dafür zeugt eine besondere Tatsache, unter vielen, dass sich Mitglieder der Stadtleitung des SCHB. mit Genossen anderer Bezirke über unseren Bezirk auseinandersetzten, von denen die Stadtleitung weiss, dass dieselben Genoss. mit uns Verbindung haben. (Saugen können dies bestätigen). Pflicht der Stadtleitung wäre es, durch diese Genossen die Verbindung mit unserem Bez. aufzunehmen, anstatt uns zu verleugnen und zu verleüden.

Nebenbei wollen wir daran erinnern, wie oft und heftig wir die Stadtleitung des SCHB. politisch angegriffen haben, und als das erste und letztmal ein Stadtleitungsmitglied bei einem unserer Komp. Appelle war, erklärt hat, unsere Kritik an der Stadtleitung ist 90% gerechtfertigt. Viele unserer Genossen glaubten uns bis damals nicht, dass die Stadtleitung diese Methoden nur deshalb anwendet, um sich mit unserer BL. vor den Genossen, vor der gesamten Öffentlichkeit politisch nicht auseinandersetzen zu müssen. Denn eine solche Auseinandersetzung würde sehr bald den politischen Anhängern der KP. Stadtleitung die Augen öffnen, nur zu bald würden sie den politischen Betrug erkennen. Wir wollen uns hier an den objektiv denkenden Teil der KP. Mitglieder im SCHB. und darüber hinaus an alle Schutzbündler wenden. Euch wurde und wird noch immer in euren jeweiligen Bezirk erzählt, wie gut organisiert und gesichert der SCHB. in anderen Bezirken dasteht. Dies ist eben ein blanker Schwindel, denn, ist überall alles in bester Ordnung, alle Kreise intakt (wie man auch uns offiziell versicherte), warum wurde es unserem Bezirk nicht möglich gemacht auch einmal die Stadtleitung kennen zu lernen, unseren Vertreter dahin zu entsenden, mitwählen, mitzubestimmen? Die Stadtleitung schaltet unseren Bezirk seit dem Febr. 1934 bis zum heutigen Tage bewusst aus, von der Mitarbeit vom Mitbestimmungsrecht, von der Wahl. Wäre es nicht bewusst, würden wir der Stadtleitung und so manchen Genossen alle Ausreden die sie finden glauben, so müssten wir mit Recht sagen: "Was seid ihr für militärische Führer, welche es nicht zustande bringen innerhalb zweier Jahre die Verbindung mit einem Bezirk zu erreichen und zu behalten. Dann seid ihr eben Dilottanten, aber keine Führer einer Elitetruppe der proletarischen Revolution.

Wenn es um so grosse Dinge geht, wie um den Bestand des Schutzbundes, wenn zwei Parteien, die RS. und KP. über die Auflösung und Liquidierung des Schutzbundes verhandeln, wenn eine der beiden Parteien, die KP. noch über die Form der Auflösung stolpert, wenn bei allem, was um den Schutzbund und in der Stadtleitung geschieht die Arbeiter nichts als Dementis erfahren, halten wir es für unsere grösste Pflicht, den Arbeitern die volle Wahrheit zu sagen, wenn auch so manche Illusion zerstört wird. Hätte die KP. den Schutzbund als eine wirkliche Einheitsfrontorganisation geführt, statt in für ihre Parteizwecke zu missbrauchen und auszunützen, die RS. könnte es nicht wagen nur daran zu denken den Schb. aufzulösen, ohne dass ihr sämtliche Arbeiter den Rücken kehren.

Wenn die Stadtleitung eine wirkliche militärische Vertretung der Kreise, der Bezirke war, wie sie schwindelhafterweise vorgab, warum hat sie bis heute noch keine militärische, proletarisch revolutionäre Ausbildungsvorschrift für die Wiener Bezirke herausgegeben? Warum führt die Stadtleitung keine zentrale militärische Ausbildung?

Alle sogenannten organisatorischen Schwierigkeiten im Schb. wären mit einem Schlag behoben. Statt dessen hat man sich geeinigt durch zentral geführte Untätigkeit den Schb. zu zersetzen, zu liquidieren.

Viele Genossen, welche die Dinge erst erkennen wenn sie sich vollzogen haben, sagen: "Wir arbeiten illegal, wenn wir nicht wollen kann uns niemand auflösen, weder die RS. noch die KP." Ja kommt es nur auf die Form oder Art der Auflösung an? Oder ist für den denkenden Arbeiter das Ergebnis massgebend? Genossen ihr stellt durch Eure Vertreter in der BL. fest, dass der Stadtleitung die zentralgeführte militärische Ausbildung obliege. Wieviel habt ihr davon gesehen? Nichts! In anderen Bezirken ebenfalls nichts! Ja noch schlimmer! Wir sind wenigstens noch organisatorisch vorhanden, wenn auch an militärischer Ausbildung nur wenig geschieht, es ist nicht unsere Schuld! In vielen Bezirken, besteht erwiesener Massen nichteinmal mehr eine Organisation des Schb. Das sind die Folgen des bewussten Nichtstuns der Stadtleitung, das ist Zersetzungsarbeit, die neue Form der Auflösung der (KP) Stadtleitung im Schb.

Aber die Schwierigkeiten welche uns die KP Stadtleitung des Schb. macht sind keine organisatorischen Schwierigkeiten, oder böse Zufälle wie die einen oder die anderen sie gerne hinstellen möchten (die Kurzsichtigen) inbegriffen). Es sind dies politische Ursachen. So sieht eben die Einheitsfrontpolitik und Einheitsfronttaktik der Kommunistischen Partei der Kommunistischen Schb. Stadtleitung aus. Statt revolutionärer Kritik und Diskussion - Nichtangriffspakte - (verschweigen der politischen Differenzen vor der Masse der Arbeiter), statt Gewinnung der Arbeiter (im Schutzbund und darüber hinaus), durch planmässige politische Ueberzeugung, muss die KP. allerorts zu solchen bekannten Methoden greifen wie bei uns im Bezirksmassstab, um sich die Gefolgschaft jener grundehrlichen Arbeiter zu sichern, die ihr heute ebenso blind folgen und vertrauen wie seinerzeit der Sozialdemokratischen Partei! Wir haben die Politik der KP. und RS der KI. und SI. seit Jahr und Tag mit Recht kritisiert, haben den bewussten Verrat dieser beiden Parteien und den einzigen sich daraus ergebenden Ausweg gezeigt. Und ihr Genossen? Ihr wollt weiter die politische Gefolgschaft der RS. und KP. bilden? Es ist unmöglich mit uns gegen die Auflösung des Schutzbundes zu sein, und politisch denen zu folgen welche ihn in der Tat auflösen!

Genossen, wir wollen Euch noch einmal an einem Beispiel aus den letzten Tagen den Verrat der RS und besonders der KP. am Schutzbund und somit an der ganzen Arbeiterschaft zeigen!

Wir zitieren unter "- - -" wörtlich die Rote Fahne (Nr. 14) Schreiben des Zentralkomitees der KPOe. an das ZK. der RS.

"In Eurem Bündnisangebot habt Ihr auch die Frage des Schutzbundes aufgeworfen. Wir halten es im Interesse des antifaschistischen Kampfes für richtig und notwendig das diese Frage auch in den weiteren Verhandlungen mit Euch behandelt wird. Wir begrüßen es, dass Ihr im wesentlichen mit unseren Vorschlägen zur Umgestaltung der Arbeit im Schutzbund, in denen wir das Hauptgewicht auf die Arbeit in den faschistischen Wehrformationen legen einverstanden seid."

Wir fragen alle Schutzbündler welcher Partei sie immer angehören mögen: Was, und wieviel habt Ihr von dem Inhalt der Verhandlungen gehört? Was wisst Ihr über die "wesentliche Umgestaltung der Arbeit im Schutzbund"? Würdet Ihr Schutzbündler überhaupt gefragt ob Ihr mit diesem neuen Kurs einverstanden seid? Würde mit Euch diskutiert, wurde Euch von Seiten der Stadtleitung diese vor allem politische Wendung um 180 Grade erklärt? Sieht so die Parteidemokratie aus? Erinnert und das nicht sehr an die Methoden der SP.? War es vor der Spaltung des Schutzbundes nicht ebenso? Die Spitzen verhandelten und stellten die Massen der Genossen vor vollendete Tatsachen. Hier zeigt die Erfahrung jedem Schutzbündler, besonders denen, welche nur militärische Arbeit im Schutzbund leisten wollen, die von Politik nichts wissen wollen, die die Politik den "Parteien" überlassen wollen wohin ein solcher Standpunkt führt! Der Kampf des Schutzbundes ist eben in erster Linie ein politischer Kampf und in zweiter Linie ein militärischer. Seit zwei Jahren habt Ihr von einer militärischen Ausbildung durch die Stadtleitung nichts gehört! Von den beiden Parteien gar nicht zu reden. RS. und KP. betrachten den Schutzbund nur als Melkkuh. Diesen Zustand wollen die beiden Parteien insofern verändern dass auch in Zukunft die militärische Ausbildung gänzlich zurückgestellt wird; denn sie wollen das Hauptgewicht der Schutzbundarbeit in die faschistischen Wehrformationen legen! Sehen wir uns diese Arbeit einmal näher an. Die Schutzbündler treten in die Heimwehr, Sturmcharen und Christlicher Wehrverbände ein, nicht etwa um sich dort militärisch ausbilden zu lassen (für den Schutzbund), sondern um politische Zersetzungsarbeit für RS. und KP. zu leisten. Schauen wir uns aber diese politische Zersetzungsarbeit in den faschistischen Wehrformationen in der Praxis an. Ihr Schutzbündler werdet, einmal in die eine oder andere faschistische Wehrformation eingetreten. - alles an reaktionären Klim-Bim mitmachen müssen; Aufmärsche in Hahnenschwanzuniform, Habtachtstehen vor den Arbeitermördern, Anschauzen lassen von den Vorgesetzten abgetakelten reaktionären Offizieren und tausend andere Gemeinheiten! Dazwischen könnt Ihr den "Sozialistischen Weckruf" (wie Otto Bauer so schön sagt) an die Heimwehrekameraden richten. Dazwischen könnt Ihr Euch an die neuen Kameraden wenden und sie gegen ihre Führer aufstacheln. Fest steht schon heute eines. Einfluss auf die Führung werdet Ihr nicht gewinnen und bei dem ersten wirklichen ernsten Widerstand, bei dem ersten Versuch Zersetzungsarbeit zu leisten, fliegt Ihr im günstigsten Falle raus, wenn man Euch nicht, was viel wahrscheinlicher ist hinter Schloss und Riegel setzt, ohne wirklichen Nutzen für die revolutionäre Sache! Man soll doch nicht glauben, die Gegner seien so blöd und

lassen sich reinlegen.

Auch sollt Ihr nicht daran denken, dass als die SP. und KP. noch legal waren, jeden revolutionären Arbeiter, das Arbeiten in den sozialdemokratischen Massenorganisationen unmöglich gemacht wurde durch die Politik des "Sozialfaschismus", weil die KP. jede Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Führern und Unterführern, den "Sozialfaschisten", jedes Zusammenarbeiten mit den sozialdemokratischen Organisationen überhaupt als prinzipiellen Verrat bezeichnete.

Durch diese Taktik der KP., besser durch diesen prinzipiellen Verrat wurden die Katastrophen in Oesterreich, Deutschland, Spanien usw. verschuldet. Heute ist es kein Verrat, sondern weil aussenpolitisch für die Clique, die Sowjetrussland beherrscht, lebensnotwendig, Bedingung der Parteiarbeit der Sektionen. Ja noch mehr. Heute ist sogar der Beitritt und das Arbeiten in den faschistischen Organisationen, kein Verrat, sondern Pflicht. Würde die Komintern welche diese Parole am VII. Weltkongress ausgab, würde die KP. in den verschiedenen Ländern ehrlich zu den Arbeitern über diese prinzipielle Wendung sprechen, so müssten KP. und KI. auch die Schuld der Niederlagen der Arbeiterklasse auf sich nehmen, müssten sie den Arbeitern erklären, warum sie jetzt eine Politik um 180 Grade gewendet, betreiben. Das würde aber die jetzigen Führer um ihre Posten und Anteile bringen, die sie auf keinen Fall riskieren wollen. Darum werden sie sich noch oft in ihrer Politik um 180 Grade wenden, ohne es den Arbeitern zu erklären ohne mit den Arbeitern zu diskutieren. Wir empfehlen den Genossen die "Rote Fahne" Nr. 14., neben unseren zwei letzten Schb. Zeitungen (wegen unserer Stellungnahme) zu lesen!

Die Genossen im Bezirk fordern wir auf sich vollends zu entscheiden ob sie mit uns gegen die Auflösung sind; dann müssen sie erkennen, dass sie sich militärisch und politisch, und in erster Linie politisch, schulen müssen auf unserer Grundlinie, auf der wirklich proletarischen Klassenlinie, oder ob sie für die Politik der KP. und RS. sind, was gleichbedeutend ist mit dem Eintreten für die Auflösung des Schutzbundes.

O O O O O O O O O

Politische Um - und Vorschau.

x x x x x x x x x x x x x x x x

Die Steigerung der Produktion erstreckt sich vorwiegend auf Eisen, Stahl und dergleichen und vorwiegend auf Länder, die am stärksten rüsten. Das beweist, dass es sich vorwiegend um eine Rüstungskonjunktur im Weltmassstab handelt.

Indessen verschärfen sich die politischen Gegensätze immer mehr. Japan hat die Londoner Flottenkonferenz verlassen: es will freie Hand haben. Das signalisiert eine erhöhte Kriegsgefahr im fernen Osten. Die Unabhängigkeitserklärung der inneren Mongolei, die ultimative Note des mandschurischen Vasallenstaates an die mongolische Volksrepublik ist der vorletzte Akt. Jeder weitere Vorstoss führt auf das Gebiet der äusseren Mongolei, oder gar schon auf russisches Gebiet. In den letzten Tagen häuften sich die Nachrichten über kleinere Zusammenstösse zwischen mandschurisch-japanischen und Sowjettruppen. Der imperialistische Raubkrieg Japans gegen Sowjetrussland steht vor der Tür.

Die Bemühungen des englischen Imperialismus gehen gegenwärtig dahin, sich möglichst grosse Handlungsfreiheit für den fernen Osten zu sichern. Darum versucht er durch Verstärkung des Druckes auf Italien, ein England passendes Kompromiss in Abessinien herbeizu-

führen. Dem dienen, nachdem er Frankreich, in der Hauptsache auf seine Seite gebracht, seine Bemühungen, die Donaustaaten wirtschaftlich zusammenzubringen, Oesterreichs Unabhängigkeit gegenüber Deutschland zu sichern und - von Italien etwas unabhängiger zu machen. (Dem dienen auch die Bemühungen, Bulgarien an den Balkanbund oder wenigstens an den Völkerbund etwas näher heranzubringen). Die englische Mitteleuropapolitik drückt auf Italien. Das kommt nicht zuletzt darin zum Ausdruck, dass die italienischen Lieblinge in Oesterreich unter dem Druck nicht nur der kleinen Entente, sondern auch Englands - Frankreichs in der Habsburgerfrage den Rückzug angetreten haben.

Ein Kriegsausbruch im fernen Osten ohne volle Handlungsfähigkeit Englands, passt den englischen Imperialisten nicht. Darum ihre vorübergehende Annäherung an Russland, um durch diesen Druck sowohl Japan als auch Deutschland zu bremsen.

Auf derselben Linie bewegen sich:

Die (übrigens erfolgreichen) Bemühungen, das Verhältniss zu Aegypten zu bessern.

Die überraschend günstige Einstellung Englands zum vorderasiatischen Block, Türkei-Persien-Afghanistan.

Die Anleiheverhandlungen mit Italien. Italien soll für ein England genehmes Kompromiss gewonnen werden, durch eine grosse Anleihe. Diese soll es dem Faschismus ermöglichen, über die aus dem Krieg unvermeidlich heranwachsende revolutionäre Krise hinwegzukommen. (Ähnlich, wie der französische Imperialismus nach dem russisch-japanischen Krieg von 1904/5 dem Zarismus über die Revolution 1905/6 mit einer riesigen Anleihe hinüberhalf).

Die Bemühungen Englands um ein gutes Verhältniss zu US..

Der amerikanische Imperialismus zeigt durch sein Neutralitätsgesetz äusserlich Friedenswillen, lässt sich aber in Wirklichkeit vollkommen freien Spielraum. Auf die Friedensstimmung der nordamerikanischen Massen berechnet, scheint dieses Gesetz in der Hauptsache den innerpolitischen Absichten der demokratisch - kapitalistischen Partei (Roosevelt) zu dienen. (die Präsidenten-Neuwahl steht vor der Tür)..... "Mögen sich Japan und Sowjetrussland durch einen Krieg möglichst schwächen, wir warten zu bis der geeignete Zeitpunkt für unser Eingreifen kommt", das dürfte die wahre Position Amerikas sein.

Die Lage in Abessinien ist unklar. Doch scheint der Schwerpunkt im Norden zu liegen. In diesem Fall ist die Grazianioffensive ein Versuch, die im Norden bedrängte italienische Hauptkraft zu entlasten. Umgekehrt haben dann die Abessinier gewiss Anlass, ihre Hauptkraft auf Makkaale zu konzentrieren unter vorübergehender verhältnismässiger Vernachlässigung des Südens. Die Rückeroberung Makkaales, überhaupt ein grosser Erfolg im Norden, würde die Gesamtlage entschieden zu Gunsten der Abessinier wenden.

Die Hauptsorge des französischen Imperialismus sind die ausserordentlichen Rüstungen Deutschlands. Darum geht die Politik der französischen Bourgeoisie mit der Englischen Politik parallel, mit dem Bestreben, möglichst ein gutes Verhältniss mit Italien zu wahren, damit es nicht auf die deutsche Seite hinüberentsche. Darum will Frankreich keine Regelung im Donaauraum unter Ausschaltung Italiens (etwa mittels Ersetzung der italienischen Garantie für die Unabhängigkeit Oesterreichs gegenüber Deutschland durch die russische Garantie).

Laval ist gestürzt, ein Kabinett Sarautt gebildet. Bei der Abstimmung in der französischen Kammer stimmten die Radikalen und Sozialisten für diese bürgerliche Regierung, die Kommunisten enthielten sich der Stimme, d.h. tolerierten..... Der Ueberfall auf Leon Blum zeigt, dass die Faschisten weiter tätig sind. Gegen sie wurde jetzt der kapi-

talistische Staatsapparat "mobilisiert". Doch wird er sich genau so verhalten wie in Oesterreich, wo die Heimwehr nach dem missglückten Putsch vom 13. September 1931 mit Lastautos vor den Augen der Polizei und Condamerie ihre Waffen wegführen konnte. Die "Volksfront" veranstaltete wegen des Ueberfalls auf Blum Grosse Kundgebungen. Doch wird der Kampfkraft der Massen die Spitze abgebrochen, durch die Koalitionsgrundeinstellung von SP. und KP., die sich insbesondere in der Frage der Kapitalist. Landesverteidigung zeigt. Im übrigen setzt die "Volksfront" ihre grösste Hoffnung auf die Wahlen (d.h. auf den Stimmzettel, wobei allerdings die Chancen der Volksfront auf einen Stimmzettelsieg grosse sind).

In Deutschland wird fieberhaft gerüstet. Die Unzufriedenheit der Massen wächst ununterbrochen. Die monarchistische Propaganda belebt sich. Eine Ablösung der Hitlerdiktatur würde die Lage bessern, stellen die Monarchisten in Aussicht. Teile der deutschen Bourgeoisie beginnen die monarchistische Reservposition auszubauen, für den Fall, dass es mit dem Faschismus künftig ohne zu grosses Risiko nicht mehr gehen sollte. Unbeschadet dessen hat die SPD schon gleich nach der Märzkatastrophe die kleinbürgerliche Reservposition gegen die proletarische Revolution auszubauen begonnen. Obwohl die KPD heute bereits soweit ist, an diesem verräterischen Werk teilzunehmen, ist die SPD heute noch nicht einmal zur kleinbürgerlichen Einheitsfront zu bewegen. Das hat seinen Grund: die SPD steht in Einheitsfront mit Kräften (illegale Zentrumspartei u. dergl.) die antirussisch eingestellt sind....

Die tschechische Bourgeoisie, die ihre ganze Rechnung auf die Hegemonie des französischen Imperialismus über Europa gestellt hat, sieht, dass die Basis des tschechischen Vasallenimperialismus keineswegs so ewig ist, wie sie gerechnet. Dazu kommen nun wachsende wirtschaftliche Schwierigkeiten. So wollte sie nun Oesterreich entgegenkommen, um eine Annäherung wirtschaftlich möglichst aber auch politisch zustande zu bringen, in der Richtung auf ein einheitliches Wirtschafts-, möglichst aber auch politisches Gebiet. Das war der Hintergrund der Reise Schuschniggs nach Prag. Doch kühlte die Begeisterung der tschechischen Imperialisten rasch ab, als Schuschnigg immer wieder versicherte, dass über die Gegensätze, die auf wirtschaftlichen Gebiet liegen geredet werden könne, d.h. über die politischen Gegensätze, vor allem über die Habsburgerfrage ist die österreichische Bourgeoisie nicht verhandlungsbereit.

In Oesterreich geht der Regierungskurs unverändert weiter. Das zeigen auch die Referate Schuschniggs und Starhembergs auf dem Amtswalter apell der Vf. Bemerkenswert wächst auch die Unzufriedenheit in Oest. Die Stimmen der Unzufriedenen werden hörbarer, sichtbarer. Die Nazi suchen durch gesteigerte antisemitische Agitation die Massen einzufangen. RS und die in ihrem Schlepptau befindliche KP sind in der Hauptsache passiv. Die Taktik dieser beiden Parteien ähnelt in hohem Masse der sozialdemokratischen Taktik während des Krieges. So wie die SPOe. damals äusserlich raunte, in Wirklichkeit aber passiv wartete bis sich die Massen rühren, so spekulieren RS und KP heute auf eine Wiederholung des Jännerstreiks 1918. Und so wie damals spekulieren sie darauf, die spontane Massenkraft in "geeignete Bahnen zu lenken", d.h. der Bourgeoisie die Notwendigkeit der sozialdemokratischen Rolle als "Beruhigerin der Massen" vorzuführen. So wollen sie erreichen, was sie (heute zusammen mit der KP) wirklich wollen: die Koalition mit dem linken Flügel der Bourgeoisie, mit dem "anständigen" Teil der Kapitalisten, oder wie unsere KP das nennt, "mit den aktionsbereiten bürgerlichen Kräften".

17. II. 1936.